

Für eine aktive Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Bremen

von Edgar Elnemann / Edo Lübbling

Vorbemerkung

Die ausführliche Darstellung der wirtschaftlichen Lage Bremens hat verdeutlicht, daß die Küstenregion zum Opfer von langfristigen Entwicklungen zu werden droht, ohne daß die negativen Weltmarktendenzen wirklich aus der Region selbst heraus beeinflußt werden können. Wirkungsvolle Schritte zur Krisenlösung sind denn auch nur auf nationaler Ebene (Strukturhilfen, Beschäftigungsprogramme, Arbeitszeitverkürzungen) denkbar, meist müssen – wie oben angedeutet – Branchenlösungen (z.B. Werften, Stahl) gefunden werden.

Die Frage ist aber, ob es Alternativen zum regionalpolitischen Stillstand, zum Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes und zum Warten auf ‚den Bund‘ gibt. Alternative Vorstellungen knüpfen an zwei Überlegungen an:

- zum einen müssen alle Maßnahmen der ‚höheren Ebenen‘ letztlich in der Region und in den Betrieben umgesetzt werden; so setzt ein sinnvolles Investitionsprogramm sowohl die Erarbeitung von regionalem Bedarf als auch Produktionsmöglichkeiten (z.B. für die Fernwärmeversorgung) voraus;
- zum anderen sind eigenständige Aktivitäten des Regionalstaates, auch wenn sie unkonventionell oder schwer durchsetzbar sind, schon dann sinnvoll, wenn sie auch nur einen einzigen Arbeitsplatz neu schaffen oder vor der Vernichtung retten.

Wir wenden uns kritisch gegen eine marktwirtschaftlich orientierte Regionalpolitik, die nur auf die Rettung durch „die Wirtschaft“ hofft, und machen Vorschläge für staatliche Eingriffe und die dazu notwendigen Instrumente zur Arbeitsplatzsicherung in der Region.

Zur Kritik einer marktorientierten regionalen Wirtschaftspolitik

Das wirtschaftspolitische Programm der Bremer Landesregierung geht ordnungspolitisch von einem funktionsfähigen Marktmechanismus aus. Logisch folgt aus

dieser Prämisse der Schwerpunkt der Maßnahmen bei der Schaffung von Infrastruktur im weiteren Sinne: „Vorrang der Infrastruktur vor direkter Subventionierung“. Kapitalistische Wirtschaftsstrukturen werden nicht in Frage gestellt.

Regionale Strukturpolitik steht in erster Linie vor dem Dilemma der Realisierung konkreter arbeitsmarktpolitischer Ziele mit dem Mittel der Beeinflussung privater – d.h. grundsätzlich autonomer – Investitionen. Private Investitionen werden dort getätigt, wo eine maximale Gewinnrealisierung zu erwarten ist: erst dann werden Arbeitsplätze geschaffen. An diesen Punkt knüpft die Konzeption bremischer regionaler Wirtschaftspolitik an. Man will Bedingungen schaffen, damit im bremischen Raum private Investitionen ein „günstigeres Klima“ vorfinden. Dazu scheint es zuerst einmal notwendig, Gewerbeflächen und die nötige Infrastruktur zu günstigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Ein weiterer Punkt, der die Rentabilität einer Investition direkt berührt, sind Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Zinszuschüsse u.ä., die sowohl von der Bundesregierung als auch von den Ländern und Gemeinden gewährt werden. Die derzeitige regionale Wirtschaftspolitik verteilt Steuereinnahmen zugunsten von Unternehmen um. Das Steueraufkommen wird aber zum überwiegenden Teil von abhängig Beschäftigten aufgebracht. Außerdem fehlt eine Koordination der Instrumente zur Steuerung von Investitionen. Ohne grundlegende Veränderungen dürfte die Forderung des DGB kaum einlösbar sein:

„Strukturpolitik darf nicht auf eine Unterordnung der staatlichen Wirtschaftspolitik unter unternehmerische Gewinninteressen hinauslaufen“.

Gegen eine ausschließlich indirekte Investitionsförderung sprechen aber vor allem empirische Ergebnisse. Im „Bürgermeisterwettbewerb“ um Industrieansiedlungen hat man sich folgende Zahlen vor Augen zu führen: Im verarbeitenden Gewerbe der BRD hat es in den siebziger Jahren einen Verlust von 14 % der Arbeitsplätze gegeben. Im Zeitraum 1970-79 wurden insgesamt ca. 174 000 Arbeitsplätze durch Neuerrichtungen und Verlagerung von Industriebetrieben geschaffen, davon fast 120 000 in den Jahren 1970-73; mit Beginn

der Krise schrumpfte dieses Volumen seit 1974 auf jährlich 10 000. Um diese Arbeitsplätze konkurrieren die Gemeinden, wobei nach 1979 das jährlich neu geschaffene Arbeitsplatzvolumen im Verlauf der Krise noch geringer geworden sein dürfte.

Ein Resultat der Politik von um Arbeitsplätzen konkurrierenden Ländern und Gemeinden ist, daß „in der gesamten norddeutschen Küstenregion ein Reservoir von erschlossenen und ausgewiesenen Gewerbeflächen vorgehalten wird, das noch einmal den vorhandenen Industriebesatz aufnehmen könnte“ (ca. 10 000 ha) – so der DGB.

Für eine aktive regionale Wirtschaftspolitik

Angesichts der schweren Strukturkrise mit der Gefahr der industriellen Verödung und der Verarmung der norddeutschen Küstenregion ist der koordinierte Einsatz aller Ressourcen zur Arbeitsplatzsicherung nötig, die der Regionalstaat einsetzen kann. Eine Koordination muß z.B. bei staatlichen oder öffentlich kontrollierten Unternehmen, Staatsaufträgen, Unternehmensförderungen, Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie an Hochschul- und Universitätsaktivitäten ansetzen. Eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik bis hin zum Aufbau eines „zweiten Arbeitsmarktes“, erfordert eine besondere Instanz – hier dürfte die staatliche Verwaltung überfordert sein. Das notwendige wirtschaftspolitische „know how“ und die öffentlichen Unternehmen bzw. Unternehmensanteile sollten in einer Bremer Eigengesellschaft zusammengefaßt werden. Nur so scheint die Forderung des gültigen Bremen-Plans der alleinregierenden SPD zumindest ansatzweise realisierbar: „Wegen des besonderen Strukturrisikos der bremischen Industrie müssen für unvermeidlich wegfallende Arbeitsplätze neue Ersatzarbeitsplätze für die bremischen Arbeitnehmer bereitgestellt werden.“ Wir teilen nicht die Auffassung der Handelskammer Bremen, die auf eine quasi-automatische Problemlösung hofft: „Die Handelskammer vertritt uneingeschränkt die Auffassung, daß die Steuerung der Strukturen und des strukturellen Wandels grundsätzlich über den Markt erfolgen muß, der den Wandel in den Bedürfnissen der Konsumenten am besten widerspiegelt“.

Struktur und Aufgaben einer Bremer Eigengesellschaft

Wer die Notwendigkeit von wirtschaftspolitischen Eingriffen des Staates sieht und immer wieder auf fehlenden Sachverstand der Behörden verweist („wie soll ein Regierungsdirektor ein Unternehmen führen“), der muß sich ein mit ausreichendem Sachverstand ausgestattetes Instrument beschaffen – eine regionale Eigengesellschaft.

Die Gesellschaft ist als Holding aller staatlichen Beteiligungsrechte und Eigengesellschaften (z.B. Stadtwerke AG, Straßenbahn AG, Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, der Werften und VFW/MBB) denkbar, in die auch Subventionen, die z.Zt. bereits gezahlt werden, zur Finanzierung eingehen. Werden Überschüsse erzielt, so fließen sie in einen Fonds zur Aufgabensicherung dieser Gesellschaft. Zu diesen Aufgaben gehört u.U. die Finanzierung von Sanierungs- bzw. Umstellungsmaßnahmen für krisenbetroffene Betriebe.

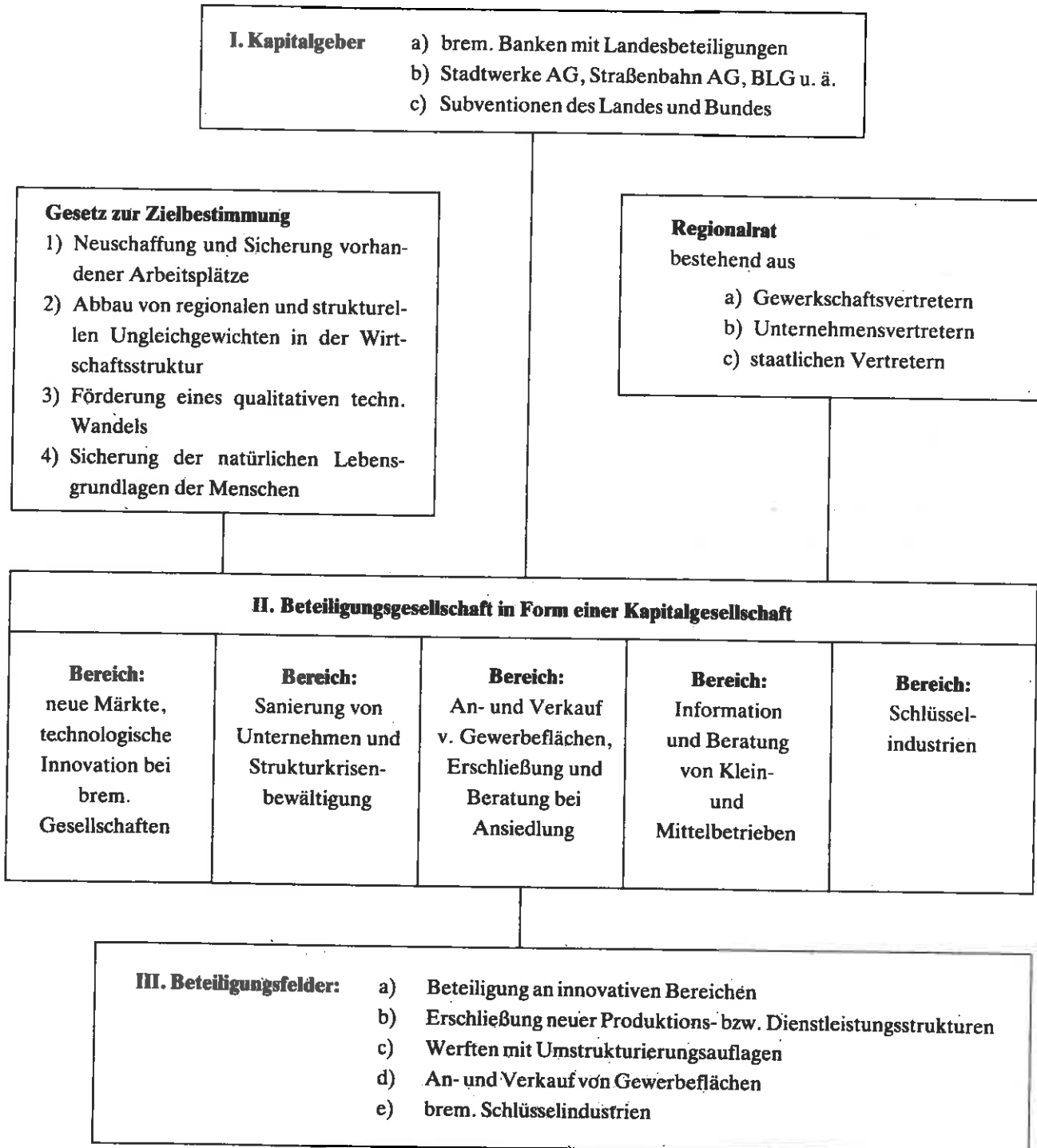
Die Eigengesellschaft hält zum einen reaktive Beteiligungen (d.h. Subventionen und Bürgschaften werden als Beteiligung bzw. beteiligungsähnliche Rechte vergeben); zum anderen werden aktive Beteiligungen auch an bremischen Schlüsselunternehmen gesichert bzw. erworben, um regionale Interessen zu wahren.

Die Eigengesellschaft kann zu einem zentralen Instrument der Struktur- und auch der Konjunkturpolitik werden, wenn öffentliche Mittel auch für industrielle Investitionen genutzt werden und Refinanzierungseffekte erzielen. Die langfristige Investitionspolitik der Eigengesellschaft als Kapitalgesellschaft würde zugleich die notwendige Ausweitung des vorhandenen Kreditrahmens erlauben (Schattenhaushalt) – schon heute unterliegen die Kredite z.B. der Bremer Lagerhausgesellschaft für Investitionen in den Häfen nicht der Landeshaushaltsordnung, obwohl die Mittel zumindest zu großen Teilen, in Form von Miete, von der öffentlichen Hand aufgebracht werden.

Insgesamt geht es darum, durch den Ausbau und die Koordinierung des öffentlichen Unternehmenssektors zu einer vor allem die regionalen Bedürfnisse befriedigenden und die Arbeitsplätze sichernden „kommunalen“ Produktion zu kommen. Über einen stärken öffentlichen Unternehmenssektor scheint eine langfristige Strukturpolitik möglich, die durch den gebündelten und gezielten Einsatz von Ressourcen und entsprechende Kooperationsangebote auch auf privatwirtschaftliches Investitionsverhalten initierend und orientierend einwirken kann. Dabei wird es notwendig sein,

Schaubild 1:

Bremische Eigengesellschaft



eine wichtige Vermittlungsleistung zu vollbringen. Die schon erkannten „Zukunftsmärkte“ müssen mit bisher unbefriedigten kollektiven Bedürfnissen in Verbindung gebracht und auf die spezifischen Produktionsmöglichkeiten in der Region Bremen abgestimmt werden.

Folgende allgemeine Ziele lassen sich für die Eigengesellschaft formulieren:

- Die Neuschaffung von Arbeitsplätzen,
- die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen,

- der Abbau von regionalen und strukturellen Ungleichgewichten in der Wirtschaftsstruktur sowie
- die Förderung eines qualitativen technischen Wandels auch im Interesse einer Humanisierung der Arbeit und
- die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage der Menschen.

Konstruktion der Eigengesellschaft

Gesellschafter sollten eventuell die „Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit mbH“ sowie Banken sein. Die Finanzierung erfolgt über die Gesellschafter und das Land Bremen.

Arbeitsbereiche der Eigengesellschaft

Um die allgemeinen Ziele zu erreichen, sind u.a. folgende Bereiche zu bearbeiten:

- Ansiedlungsberatung insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen (d.h. u.a. Beschleunigung des Behördendurchlaufs)
- Grundstücksgeschäfte
- Finanzierungs- und Unternehmensberatung sowie die Übernahme von Bürgschaften für Kredite
- Erarbeitung von Strukturanalysen
- Innovationsberatung und Innovationsentwicklung, insbesondere bei Zukunftsmärkten wie: Offshore-Aktivitäten, Meerestechnologie, Luft- und Raumfahrt, Solartechnik, Informatik, Telekommunikation, Umwelttechnologie, Mikrotechnologie, Gesundheit und Ernährung, Biotechnik, Verkehrstechnik.

Ein wesentlicher Aspekt der Förderungspolitik sollte jedoch die Beteiligung bei Unternehmen sein. Die Umwandlung von Subventionen in Beteiligungen könnte auch zur Erschließung neuer Produktionsmöglichkeiten in den Zukunftstechnologien oder für sozial nützliche Produkte führen. Dabei sollte man auch Initiativen von Belegschaften aufnehmen (Arbeitskreis Alternative Fertigung bei VFW/MBB-Bremen; Beispiel Hamburg: Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall und Arbeitskreis Alternative Produktion bei Blohm & Voss).

Zur Verhinderung von individuellem und gesellschaftlichem Elend sollten – anstelle von Massenentlassungen – die Arbeitnehmer weiterhin in ihren Betrieben beschäftigt bleiben. Im Rahmen von betrieblichen Pools könnte eine Weiterqualifikation und der Ausbau einer ‚sozial nützlichen Produktion‘ erfolgen. Damit könnte zugleich ein Beitrag zur Umstellung von militä-

rischer auf zivile Produktion geleistet werden, denn Bremen ist in besonderem Maße von den Rüstungsaufträgen abhängig (Fregattenbau, MRCA-Tornado, militärische Elektronik).

Die strukturpolitische Steuerung über eine Eigengesellschaft hat den Vorteil, daß einzelwirtschaftliche Daten vorliegen, die mit strukturpolitischem „know-how“ und staatlichen Ressourcen verbunden werden können.

Hier lassen sich Kombinationen öffentlicher Nachfrageimpulse und unternehmensspezifischer Umstellungen denken, die eventuell in Verbindung mit der Um- und Weiterqualifikation der Beschäftigten neue Arbeitsplatzperspektiven eröffnen.

Weitere Aktivitäten

In Verbindung mit dem Aufbau von regionalen Produktionsstrukturen in „Zukunftsbereichen“ sind zwei Entwicklungsrichtungen denkbar, die sich zum Nutzen der in der Region beschäftigten und von bisher benachteiligten Menschen auswirken könnten: zum einen könnte das entstandene „know-how“, evtl. sogar die entwickelten Produkte, weiterverkauft werden. Zum anderen könnte mit einer solchen Weiterveräußerung ein Beitrag zur Verbesserung der Situation in der sogenannten Dritten Welt geleistet werden: die Erschließung des Meeres zur Nahrungsmittelversorgung würde hier ebenso ihre Bedeutung bekommen wie die Entwicklung von energiesparenden see- und landseitigen Transportsystemen und die Erschließung von Energiequellen und Energieversorgungssystemen, die weder öl- noch urangebunden sind.

Weitere Anknüpfungspunkte könnten sich z.B. aus einer Verbindung des „know-how“ der Bremer Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit universitären Forschungen im Bereich von Biologie und Technologie ergeben, die möglicherweise wirksame und preisgünstige Modelle der Nahrungsmittelproduktion für die „Dritte Welt“ verfügbar machen könnten, da bereits gute Kontakte Bremens zu einzelnen „Entwicklungsländern“ bestehen. Die Ausbildung von Experten aus der sogenannten Dritten Welt und die schon vorhandenen Überlegungen in bezug auf „angepaßte Technologie“ könnten durchaus für die Produktion relevant werden.

Zu den weiteren Aktivitäten der Eigengesellschaft müßte darüber hinaus gehören:

- der Kauf und Verkauf von Gewerbeflächen sowie die Koordination von Genehmigungsverfahren in

diesem Zusammenhang mit der Perspektive, ein einheitlich handelnder und effizienter Ansprechpartner für ansiedlungswillige Unternehmen zu sein;

- der Aufbau von Consulting-Unternehmen, die sich, wie die Bremer Lagerhausgesellschaft, um den Verkauf von „know-how“ bemühen;
- die Bereitstellung von Gewerbehäusern in Wohnnähe für nicht störendes Kleingewerbe, das hochwertige langlebige Konsumgüterproduktion betreibt;
- Bereitstellung von Büroflächen in Stadt-Nebenzentren, damit die weitere Umwandlung von Wohnraum in Büroflächen in der Innenstadt und deren Nebengebieten verhindert und wieder rückgängig gemacht wird;
- Innovationsberatung von Klein- und Mittelbetrieben.

Eine Verzahnung von heute möglicher fortschrittlicher Sozialpolitik und der Entwicklung zukünftiger „freier“ gebrauchswertorientierter Arbeit in Stadtteilwerkstätten kann ebenfalls zum Aufgabenfeld einer Eigengesellschaft werden. Der Aufkauf von vorhandenen Betriebsstätten kann zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher unter Anleitung von älteren Arbeitnehmern (mit reduzierter Arbeitszeit oder nach dem Ausscheiden aus dem Betrieb) dienen. In solchen Werkstätten können Reparaturen von Gebrauchsgegenständen durchgeführt werden oder „Kooperativen“ entstehen. Die Kosten dafür dürften langfristig-gesellschaftsbezogen niedriger liegen als die „soziale Betreuung“ arbeitsloser Menschen. Solche Werkstätten als zukünftige „öffentliche Werkstätten“ könnten den Bürgern eines Stadtteils in ihrer – durch Arbeitszeitverkürzungen weiter zunehmenden – „Freizeit“ die Möglichkeit zu „sinnvoller und produktiver Betätigung“ vermitteln, bei der sie Güter des täglichen Bedarfs selber reparieren oder herstellen könnten.

Dieser Ansatz wird z.Zt. bereits in Bremen vom Sozialsenator praktiziert. Es werden Betriebe aufgekauft, in denen Jugendliche ausgebildet werden und evtl. zukünftig Produkte herstellen.

In Hamburg hat man ein Programm des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes aufgelegt, in dem ca. 4 000 Arbeitslose mit Hilfe des Arbeitsförderungsgesetzes in Bereichen des Umweltschutzes, der sozialen Dienste und bei der Instandsetzung von Gebäuden arbeiten sollen.

Nimmt man diese Maßnahmen und verbindet sie mit den Aktivitäten öffentlicher Unternehmen, so kommt

man über beispielsweise den Ausbau der Fernwärme und Wärmekraftkoppelung zu sozial nützlicher Produktion, indem man die Umwelt entlastet, Energie spart und sinnvolle Arbeitsplätze schafft.

Eine Skizze: regionale Energietechnologie

Ein Ansatz könnte die Gründung eines Bremer Zentrums für sanfte Energietechnologien sein. Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Zentrums sollte die (Weiter-) Entwicklung und Produktion von sanften Energietechnologien stehen; das bedeutet insbesondere die Herstellung von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie und der Windenergie sowie den Bau von Heizkraftwerken zur dezentralen Strom- und Wärmeversorgung. Für den Aufbau einer solchen Produktion gibt es reichhaltiges regionales „know-how“, das auszunutzen und weiter zu fördern wäre. Im Bereich der Solartechnologie hat Erno aus der Weltraumfahrt ebenso Erfahrungen wie im Bereich der Windenergieanlagen, wo Erno und die AG-Weser bereits den Windrotor ‚Aeolus‘ produziert haben. Die Werften sind in der Lage, Heizkraftwerke zu bauen (siehe Blohm & Voss in Hamburg), und das Bremer Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit fördert bereits Projekte zur Nutzung der Biomasse in der „Dritten Welt“. Die Bremer Anteile an den Unternehmen VFW/MBB und Bremer Vulkan könnten von einer Bremer Eigengesellschaft zum Aufbau des Zentrums für sanfte Energietechnologien genutzt werden. Dieses Zentrum müßte sich verstärkt in die Förderungsprogramme des Bundes (Bundesministerium für Forschung und Technologie) einbringen, könnte staatliche Unternehmenssubventionen produktiv zum Aufbau einer alternativen Fertigung nutzen und darüber hinaus eventuell Mittel der Bundesanstalt für Arbeit einsetzen, die sonst zur Finanzierung von arbeitslosen Metallarbeitern auszugeben wären. Darüber hinaus wäre zu prüfen, ob auf Forschungsaktivitäten und „know-how“ aus der Universität und den Fachhochschulen zurückgegriffen werden kann.

Die Aktivitäten eines solchen Zentrums könnten den drohenden Arbeitsplatzverlusten insbesondere im Luftfahrzeug- und Schiffbau entgegenwirken und sich auf Aktivitäten der Belegschaften stützen, die bereits Arbeitskreise für eine Alternative Fertigung gegründet haben. Das Bremer Zentrum für sanfte Energietechnologien wäre z.B. als kooperative Einrichtung zwischen VFW/MBB, AG Weser, Bremer Vulkan und der staatlichen Eigengesellschaft denkbar.

Schwerpunktthema

Zur Absicherung der Produktion würde eine staatliche Politik des Energiesparens beitragen, die die öffentliche Hand (zumindest zunächst) zu einem Hauptabnehmer der neuen Technologien macht: der Ausbau des Fernwärmenetzes und die Ausrüstung aller öffentlichen Gebäude im Lande Bremen mit Solarenergieanlagen und/oder erdgasgetriebenen Wärmepumpen können z.B. Bestandteil einer staatlichen Investitionspolitik sein, die gesellschaftliche Nützlichkeit, das Einsparen finanzieller Mittel und knapper Ressourcen und zugleich Beschäftigungswirkungen erzielt.

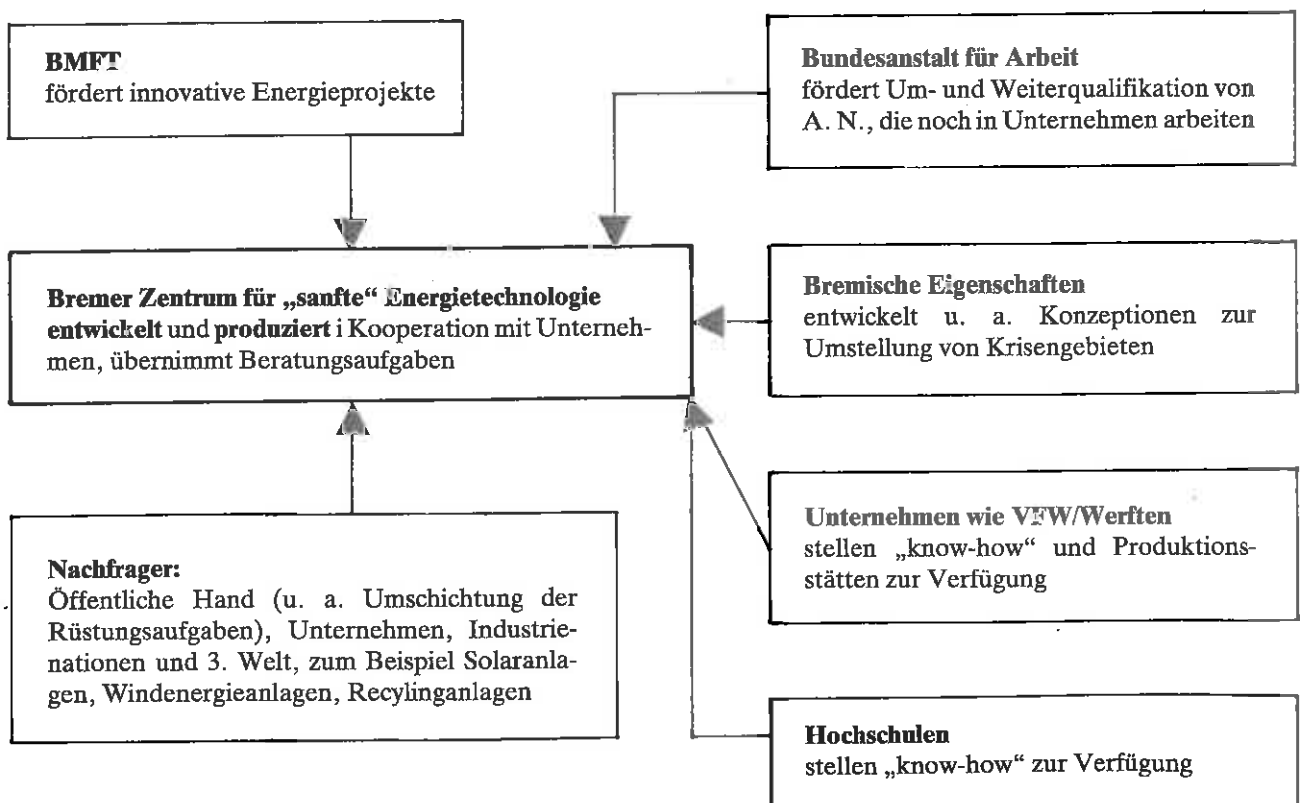
Die vorgetragenen Überlegungen skizzieren eine Idee und haben Modellcharakter – denkbar wäre zusätzlich z.B. ein „Bremer Zentrum für Meerestechnologie“, das Werftaktivitäten und Entwicklungen bei VFW/MBB (z.B. ferngesteuerte Unterwassergeräte, Roboter) verknüpft und die Erfahrungen der Meeres- und Polarforschung einbezieht.

Das Beispiel London – Verknüpfung von regionaler Wirtschaftspolitik und alternativer Produktion

Groß-London mit ca. 11 Mio. Einwohnern hat derzeit eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 12 % (ca. 400 000 Menschen) – in einzelnen Arbeiterbezirken sind aber bis zu 30 % der Arbeitnehmer arbeitslos. Die von den Sozialisten (Labour Party) getragene Bezirksregierung hat dem ausschließlichen Vertrauen in die Marktwirtschaft durch die konservative Regierung Thatcher (die zur Arbeitslosigkeit von über 3 Mio. Engländern geführt hat) ein umfangreiches Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entgegengestellt. Der Greater London Enterprise Board (eine eigenständige, öffentlich kontrollierte *Gesellschaft zur Entwicklung der Wirtschaft*) wird mit 70 Mitarbeitern und einem Jahresetat von ca. 150 Mio. DM ausgestattet und soll „ungenutzte Ressourcen mit dem speziellen Ziel mobilisieren, neue Produkte und Dienstleistungen heraus-

Schaubild 2:

Bremer Zentrum für „sanfte“ Energietechnologien



zufinden, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen entsprechen und die Kontrolle der Menschen über ihr Arbeitsleben erhöhen“. Der GLEB stellt unter bestimmten Bedingungen Investitionen, materielle Ressourcen, Beratungsdienste und „know-how“ zur Verfügung, wobei benachteiligte Regionen, die Beschäftigung von Frauen und ethnischen Minderheiten, der sinnvolle Einsatz neuer Technologien und Belegschaftskooperationen besonders unterstützt werden. Für bedrohte oder neu gegründete Unternehmen sollen Investitionsaspekte unter Einschluß von Grundstücken, Bauten, Geldern sowie technologische und ökonomische Beratung z.B. auf den Gebieten Marketing, Export, Einkauf, Forschung und Entwicklung sowie Finanzen und Produktion zur Verfügung gestellt werden. Investitionsmittel können in Form von Darlehen, Unterstützungszahlungen, Bürgschaften und auch in Form von Unternehmensbeteiligungen vergeben werden. Die Übernahme von Konkursbetrieben ist ebenfalls vorgesehen.

Zwei besonders wichtige Förderungskriterien sind

- „das Ausmaß, in dem das Projekt neue Formen des sozialen Eigentums enthält, die dazu entwickelt werden, den arbeitenden Menschen mehr Kontrolle über ihre Produktion und den Wirtschaftskreislauf zu geben (z.B. durch kommunale Unternehmen und Arbeiterkooperativen)“ und
- ein gemeinsam mit der Belegschaft entwickelter Unternehmensplan. „Der Plan enthält den strategischen Rahmen für die Zukunft des Unternehmens. Zusätzlich zu der üblichen Geschäftsplanung muß der Plan enthalten: Verpflichtungen in bezug auf die Arbeitsplätze“ sowie Angaben zur „Produkt- und Marktstrategie, zu Zukunftsinvestitionen und zum technologischen Wandel, zur Standortwahl und zur Preispolitik, zum Beschäftigungsniveau und den Beschäftigungsbedingungen, zum Qualifikationsprofil und der Ausbildungspolitik sowie zur Politik der Chancengleichheit“.

Ein Antrag auf Unterstützung (für deren Formulierung auch Hilfen zur Verfügung gestellt werden) sollte enthalten: „Eine Beschreibung des Produkts, der Produktionsmethode, wie und wo es verkauft werden soll, der Marktsituation, der Konkurrenzbedingungen, der Organisationsstruktur sowie die Geschäftsberichte der letzten drei Jahre und eine Finanzerklärung, die die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bilanz und den cash flow umfaßt“.

Die auf schmaler Basis erprobte Kooperation von betrieblichen Arbeitskreisen zur alternativen Produktion (bei Lucas Aerospace) und den Hochschulen, vermittelt über das Londoner Institut für Alternative Produktion (CAITS), soll nun auf eine gesellschaftliche Grundlage gestellt werden. Sogenannte *Technologie-Netzwerke* sollen Betrieben und Beschäftigten die Nutzung des „know-how“ der Hochschulen und Universitäten ermöglichen, wobei dezentrale Koordinationsstellen eingerichtet werden. Der kontrollierte Einsatz neuer Technologien soll an die vorhandenen Qualifikationen der Beschäftigten anknüpfen und sie weiterentwickeln, anstatt sie zu zerstören (z.B. durch alternative Werkzeugmaschinen), und nicht zu Arbeitsplatzverlusten führen; die neuen Technologien sollen sich auf den sozialen Bedarf der Bevölkerung beziehen und zur Herstellung sozial nützlicher Produkte (alternative Produktion) beitragen.

In London werden in fünf Regionen ‚Technologie-Netzwerke‘ um die Technischen Hochschulen aufgebaut. In separaten Gebäuden (damit jedermann angesprochen werden kann und kommt) sollen Vermittlungsinstitutionen entstehen, die Bedürfnisse und Interessen aus der Bevölkerung aufgreifen und in einen gemeinsamen Bearbeitungsprozeß mit Wissenschaftlern bringen – als Vorbild werden die holländischen Wissenschaftsläden erwähnt. Diese Kooperationsstellen sollen im einzelnen enthalten:



Cartoon:
Larry

aus:
Mitbestimmung
12/82
(Hans-Böckler-Stiftung)

Schwerpunktthema

- eine Abteilung zur Unterstützung von Unternehmen, die z.B. für Kooperativen Beratungskapazität auf den Gebieten Technik, Produktion, Planung und Marketing bereitstellt
- eine kleine Kooperations-Abteilung, die Menschen aus der Region bei der Nutzung von Hochschul- und Universitätskapazitäten für ihren Forschungs- und Entwicklungsbedarf unterstützt
- eine „Produkt-Bank“ nach dem Vorbild einer irischen „Innovations-Bank“, die Produktionsvorschläge aus dem Hochschulbereich, von Ingenieuren und Arbeitern aus Betrieben und Kommunen und von außerhalb sammelt und so patentiert, daß sie von den arbeitenden Menschen genutzt werden können
- eine Werkstatt („Maschinen-Bank“) mit gebrauchten Maschinen, die für Ausbildungsprogramme und von Kooperativen und anderen Gruppen genutzt werden können.

Die ‚Technologie-Netzwerke‘ sollen Wissenschaftler- und Beschäftigtengruppen, aber auch Repräsentanten der Kommune und andere Freiwilligen-Gruppen einbeziehen, die ein Interesse an der Entwicklung einer sozial nützlichen Technologie haben.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß nur die Initiative und Unterstützung der Bevölkerung und die Mobilisierung ihrer Fähigkeiten und Ideen zum Erfolg führen kann, ist ein „Projekt für öffentliche Planung“ (Popular Planning Project) eingerichtet worden. Das Projekt will die Bildungsabteilungen der Gewerkschaften, die Arbeiterbildungs-Vereinigung und die Institutionen der Erwachsenenbildung einbeziehen und erreichen, daß lokale Gruppen den lokalen Beschäftigungsbedarf ermitteln: „Das Ziel ist, den Menschen in dieser Region mehr Einfluß auf ihr eigenes Leben zu geben“. Betriebliche und lokale Initiativen zur Förderung der Beschäftigung sollen unterstützt werden – durch materielle Ressourcen, aber vor allem durch Berater und Tutoren mit Erfahrungen in der Erwachsenenbildung. „Jede Gruppe kann etwas zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen beitragen, die die Menschen in der Region brauchen – das reicht von Gruppen von Jugendlichen bis zu Pensionären, von Gewerkschaftern bis zu Kirchen, von Schülern und Studenten bis hin zu Gruppen aus der Erwachsenenbildung. Unser Job ist, Möglichkeiten zum Studium und für die Forschung bereitzustellen, um Zukunftsvorstellungen mit dem dringenden Bedarf zu verknüpfen und in praktische Pläne umzusetzen, sowie ein Bildungsprogramm aufzulegen, das den Menschen diese Probleme, die vorhan-

denen Lösungsvorschläge und die Schritte zur Umwandlung von Vorschlägen in die Realität bewußt macht“ –

Zu den Aktivitäten der Erwachsenenbildungseinrichtungen zur Aufklärung, Mobilisierung und Unterstützung von Initiativen gehört z.B.

- die Bereitstellung von Kursen und Tagesveranstaltungen zur Vermittlung von Fähigkeiten zur Bekämpfung von Entlassungen, Aufstellung von Belegschaftsplänen, Gründung und Fortführung einer Kooperative, Analyse der wirklichen finanziellen Lage der Arbeitgeber etc.
- die Unterstützung einer Gruppe von Frauen, die nach der Schließung einer Jeans-Fabrik eine Kooperative gegründet hat und nun Kinderbekleidung für den lokalen Bedarf produziert und verkauft
- die Hilfe bei der Ausarbeitung von Plänen, wirtschaftlichen und sozialen Argumenten und der Suche nach finanziellen Mitteln
- die Bereitstellung von Kursen für das Selbst-Management von Kooperativen (Buchhaltung, Marketing und Produktion).

Außerdem könnten Selbstlerngruppen Projekte z.B. zu den Folgen neuer Technologien und den Möglichkeiten der Menschen in der Kommune bearbeiten.

In einzelnen Stadtteilen werden Veranstaltungsreihen zu interessanten Themen (welche Chancen bieten neue Technologien?, Möglichkeiten und Probleme von Belegschaftsplänen usw.) angeboten und die Bürger nach ihren Interessen an Zusammenkünften und Kursen sowie ihren Fähigkeiten befragt und dann gezielt eingeladen.

London beginnt mit einer historisch wohl nur mit dem „Roten Wien“ der Vorkriegszeit vergleichbaren konsequenten Regional- und Kommunalpolitik, die alle verfügbaren Ressourcen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzt. Dazu gehören große Geldsummen, aber vor allem die Mobilisierung der Fähigkeiten und des guten Willens der Bevölkerung in den Betrieben, Stadtteilen, Dienstleistungsbereichen und in Ausbildung und Wissenschaft. Kooperationsstellen zwischen Hochschulen, Betrieben und kommunalen Gruppen, ein Institut für alternative Produktion, Technologie-Netzwerke und der Einsatz der Erwachsenenbildung zur Verbindung einer alternativen regionalen Strukturpolitik mit einer alternativen Produktion können durchaus eine Vorbildfunktion für die Bundesrepublik haben.

Kooperation

Mitteilungen der Kooperationsstelle
Universität / Arbeiterkammer Bremen

Nr. 28/29/30

November 1983



Foto: Peter Meyer

Krise und Rationalisierung -- Das Beispiel Bremen